

# Unsere Welt



WIR BRAUCHEN DIE F-35, DAMIT DIE USA UNSERE NEUTRALITÄT VERTEIDIGEN KÖNNEN.

Grafik: J. Jäggi/UW

## Gegen den Kauf der F-35-Kampffjets

# Mit dem Pentagon im Cockpit

Teuer, überdimensioniert, unpraktisch: Der Bundesrat beschliesst den Kauf von F-35-Kampffjets aus US-Produktion. Die Schweiz wird es nicht nur 25 Milliarden Franken kosten, sondern auch ein Stück Unabhängigkeit.

Von Tarek Idri

Es waren letztlich rund 8000 Stimmen, die den Unterschied ausmachten. Im September 2020 wurde der Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50,1 Prozent angenommen. Der Bundesrat erhielt damit den Freibrief, den Kampfjet ihrer Wahl für bis zu 6 Milliarden Franken zu kaufen. Im Unterschied zur Abstimmung von 2014, bei der die Wahlberechtigten über einen ganz bestimmten Typen von Kampfjet, den schwedischen Gripen, entscheiden konnten, hat die Schweizer Regierung die Frage nach dem Modell in diesem Fall ganz bewusst offen gelassen. Im Vorfeld zur Abstimmung standen offiziell vier Kriegsflugzeuge zur Auswahl, was die Kampagne für die GegnerInnen viel schwieriger gemacht hat. Wäre es konkret um den Kauf der F-35-Kampffjets gegangen, hätte das Resultat wohl anders ausgesehen.

### Ein fliegender Ferrari

Trotz breiter Ablehnung in der Bevölkerung entschied sich der Bundesrat im Juni für den «F-35A Lightning II», einem Kampfjet der sogenannten 5. Generation aus US-amerikanischer Produktion. Hersteller dieser Kriegsmaschine ist Lockheed Martin, der grösste Rüstungskonzern der Welt. Um die 100 Millionen Dollar (!) verlangt das US-Unternehmen pro Stück, dazu kommen noch extrem hohe Instandhaltungskosten und 44000 Dol-

lar pro Flugstunde. Es wird geschätzt, dass auf die Schweiz Kosten in der Höhe von 25 Milliarden Franken zukommen werden.

Beim F-35 handelt es sich um einen überdimensionierten Kriessjet, den selbst US-Militärs als unbrauchbar und viel zu teuer bezeichnen. Die einzigen realistischen Aufgaben, die der F-35 in der Schweiz momentan haben wird, sind luftpolizeiliche Einsätze, und dafür ist der gigantische Flieger nicht geeignet. Der US-Luftwaffengeneral Charles Brown bezeichnete den F-35 als den Ferrari der Kampffjets. Und einen Ferrari würde man ja auch nur am Sonntag ausfahren und nicht für die tägliche Fahrt zu Arbeit.

### «Unabhängigkeit nicht möglich»

Was ist nun der Zweck des F-35? Aus US-amerikanischer Sicht geht es darum, die Verbündeten und «FreundInnen» enger an die USA zu binden. Der Pentagon-nahe RAND Think-Tank erklärt offen: «Der F-35 spielt eine zentrale Rolle, jetzt und noch für viele Jahre, um die Vereinigten Staaten und unsere europäischen Verbündeten zusammenzuschweissen, in Frieden oder in Konfliktsituationen.» Grund dafür ist einerseits, dass nur die USA Zugang zu betriebswichtigen Software-Codes des F-35 hat und andererseits ständig Daten der einzelnen Flieger an den Hersteller Lockheed Martin zurückgesendet werden. Die Schweiz wird keinen Einblick in die Software des «fliegenden Com-

puters», wie der F-35 gerne genannt wird, erhalten. Das bedeutet, die USA können (und werden) darin Schad-, Kontroll- und Spionageprogramme einbauen. Die SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf bringt es auf den Punkt: «Die USA können unsere Jets auf Knopfdruck vom Himmel holen. Oder uns nicht starten lassen, wenn sie es nicht wollen.» Flugregelsystem, Radar- und optische Sensoren, Waffensysteme, Sprach- und Datenkommunikation – überall im Flieger ist Elektronik eingebaut, bei der keine Unabhängigkeit mehr bestehen wird. Die Schweiz gibt damit freiwillig ihre Souveränität in der Luft ab und zahlt der Kriegsnation USA dafür noch Abermilliarden Franken.

Eine wirkliche Alternative bieten auch die anderen Kampffjets nicht, die zur Auswahl standen. In allen Fällen würde man sich in die Abhängigkeit von NATO-Staaten begeben. «Eine vollständige Unabhängigkeit vom Hersteller bzw. vom Herstellerland ist nicht möglich», gibt das Verteidigungsdepartement (VBS) zu.

### Stopp Kampffjets!

Die Schweizerische Friedensbewegung spricht sich klar gegen die Anschaffung neuer Kampffjets aus, egal aus welchem Herkunftsland. Ein Komitee aus GSoA, SP und Grünen hat eine Volksinitiative gegen den Kauf der F-35-Flieger formuliert. Das können wir nur begrüßen. Die Lancierung ist für Anfang September geplant.

Infos zur Initiative:  
[stopp-kampffjets.ch](http://stopp-kampffjets.ch)

## Aus dem Inhalt

Afghanistan: Fiktion eines «gewinnbaren Kriegs»	2
Teilprivatisierung der RUAG: Munitionsfabrik zu verkaufen	3
Welch «Gescheiterter Staat»: Was geschieht in Kuba?	4
Eskalation in Nahost: Gespräch mit einem BDS-Aktivisten	5
Wistleblower verurteilt – SRF schweigt	6
Folter durch Zermürbung: Nils Melzer über den Fall Assange	7
Unentbehrliche Friedenskämpfer: Drei Nachrufe	8

21. September

# Am Weltfriedenstag auf die Strasse

Vor 40 Jahren erklärte die UNO-Generalversammlung den 21. September zum internationalen Tag des Friedens. Weltweit sollen an diesem Tag die Waffen ruhen. Wir wollen an diesem Tag unsere Friedensanliegen auf die Strasse tragen und Erkennungszeichen zum Weltfriedenstag verteilen.

### Standaktionen der SFB am 21. Sept. 2021

Basel: 15-20 Uhr auf dem Claraplatz

Bern: 12-18 Uhr vor der Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof

Zürich: 14-19 Uhr am Stauffacher, bei schlechtem Wetter am Lochergut

Wir freuen uns über Mithilfe, Interessierte, auch für Aktionen an anderen Orten, wenden sich an: [mail@friedensbewegung.ch](mailto:mail@friedensbewegung.ch)

UNO-WELTFRIEDENSTAG  
21. SEPTEMBER 2021



AUFSTEHEN  
FÜR EINE  
GERECHTE UND  
NACHHALTIGE  
WELT.



[un.org/peaceday](http://un.org/peaceday) | [friedensbewegung.ch](http://friedensbewegung.ch)

## Ohne Dich keine UW!

Unsere Welt beleuchtet viermal im Jahr unabhängig, hintergründig und kritisch das Weltgeschehen abseits des Mainstreams.

Wie bei all unseren Aktivitäten sind wir von der Schweizerischen Friedensbewegung dafür auf die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und FriedensfreundInnen angewiesen.

Hast Du deinen Abo-Beitrag für 2021 bereits bezahlt?

Zwei Mal im Jahr liegt dieser Zeitung ein Einzahlungsschein bei. Gebührenfrei geht es auch per elektronischer Überweisung. Vielen Dank!

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel,  
IBAN CH 72 0900 0000 4000 1627 7.



Absperrungen beim Flughafen von Kabul während der Evakuierung des US-Militärs. Quelle: US Army/N. Guevara

## Abzug aus Afghanistan

# Doch kein «gewinnbarer Krieg»

Es hätte niemanden überraschen sollen, dass die US-Marionettenregierung in Afghanistan binnen weniger Wochen von den Taliban gestürzt wurde. Aber der Westen hat jahrelang die Fiktion eines gewinnbaren Krieges verbreitet und den militärisch-industrielle Komplex dadurch immer reicher gemacht.

Von Jonathan Cook

Vor einem Monat, als sich die US-Armee darauf vorbereitete, die 20-jährige Besetzung Afghanistans zu beenden und die Verantwortung an die von ihr bewaffneten und ausgebildeten lokalen Sicherheitskräfte zu übergeben, haben die Taliban bloss kleine, relativ isolierte Gebiete kontrolliert. Und dann, am 15. August sind die islamistischen Kämpfer ohne auf Widerstand zu stossen in die afghanische Hauptstadt Kabul einmarschiert und brachten fast das gesamte Land unter ihre Kontrolle. Die Einschätzung der US-Geheimdienste, dass die Taliban bis zu drei Monate brauchen würden, um die afghanische Hauptstadt einzunehmen, erwies sich als komplett falsch. Es dauerte lediglich ein paar Tage.

Ausländische Staatsangehörige mussten sich zum Flughafen von Kabul retten, während US-Beamte Hals

über Kopf mit Hubschraubern evakuiert wurden. Dies erinnert stark an Saigon im Jahr 1975, als das Personal der US-Botschaft nach Jahren eines ähnlich gescheiterten Krieges aus der Stadt und aus Südvietnam vertrieben wurde.

Derweil erklärte der afghanische Präsident Ashraf Ghani, er sei aus dem Land geflohen – Berichten zufolge in einem mit Bargeld gefüllten Hubschrauber – um «Blutvergiessen zu vermeiden». Alles deutet jedoch darauf hin, dass seine korrupten Sicherheitskräfte nie in der Lage waren, einer Machtübernahme durch die Taliban ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

### Koloniales Schachbrett

Der längste Krieg der Vereinigten Staaten war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die korrupten, völlig unrepräsentativen Mitglieder der Elite

in Kabul waren schon immer bereit, das Schiff zu verlassen, sobald Washington aufhören würde, Truppen und Gelder in das Land zu pumpen.

Nach Angaben des Magazins Forbes sind in den letzten zwanzig Jahren bis zu zwei Billionen Dollar nach Afghanistan geflossen – das sind 300 Millionen Dollar pro Tag. Tatsache ist, dass das US-Militär, westliche PolitikerInnen und Medien vorsätzlich eine Fiktion geschaffen haben, um einen weiteren imperialistischen Krieg in einem weit entfernten Land als humanitäre Intervention zu verkaufen.

Der fast sofortige Zusammenbruch der afghanischen Regierung und ihrer Sicherheitsdienste, die dem Land von den USA aufgezwungen worden waren, hätte niemanden schockieren dürfen. Aber anscheinend sind einige immer noch leichtgläubig genug – selbst nach den katastrophalen Lügen, mit denen die «Interventionen» im Irak, in Libyen und Syrien gerechtfertigt wurden –, um zu glauben, dass die westliche Aussenpolitik von dem Wunsch getrieben wird, armen Ländern zu helfen, anstatt sie als Schach-

figuren auf einem globalen, kolonialen Schachbrett zu benutzen.

Die AfghanInnen sind nicht anders als der Rest von uns. Sie mögen es nicht, wenn Aussenstehende über sie herrschen. Sie mögen es nicht, wenn man ihnen politische Prioritäten aufzwingt. Und sie mögen es nicht, in fremden Machtspielen zu sterben.

Wenn der Fall von Kabul irgendetwas beweist, dann, dass die USA in Afghanistan nie Verbündete hatten ausser einer winzigen Elite, die die Chance sah, sich zu bereichern. Natürlich, die Taliban sind eine schlechte Nachricht für afghanische Frauen und Mädchen sowie für Männer, denen es in erster Linie um die Wahrung ihrer persönlichen Freiheit geht. Aber eine harte Schlussfolgerung, die das westliche Publikum vielleicht ziehen muss, ist, dass es für viele AfghanInnen, die jahrzehntelang unter Invasionen und kolonialer Einmischung gelitten haben, andere Prioritäten gibt.

Genau wie im Irak scheinen grosse Teile der Bevölkerung bereit zu sein, auf die Freiheit zu verzichten, wenn im Gegenzug die Stabilität der Gemeinschaft und die persönliche Sicherheit garantiert werden. Das war etwas, was das US-Marionettenregime niemals garantieren konnte. Während die USA das Sagen hatten, wurden Zehntausende von AfghanInnen getötet und Millionen wurden ins Exil gezwungen.

### Frauen als Kriegsbeute

Der Westen verfolgt seit langem geostrategische Interessen in Afghanistan, da das Land einen wichtigen Handelsweg darstellt und als Puffer gegen Feinde dient, die sich Zugang zum Arabischen Golf verschaffen wollen. Im 19. Jahrhundert nutzten das britische und das russische Imperium Afghanistan als zentralen Schauplatz für ihre Manöver.

Ähnlich agierte die USA, um die sowjetische Armee zu vertreiben, nachdem diese in Afghanistan einmarschiert war. Die USA und Grossbritannien halfen dabei, islamistische Kämpfer, die Mudschaheddin, zu finanzieren, zu bewaffnen und auszubilden, die 1989 die Rote Armee vertrieben und die säkulare, kommunistische Regierung des Landes stürzten.

Nach ihrem Sieg über die sowjetische Armee spaltete sich die Mud-

schaheddin-Führung, und einige von ihnen wurden zu regionalen Warlords. Das Land wurde in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt, in dem die Mudschaheddin und die Warlords die von ihnen eroberten Gebiete ausplünderten und Frauen und Mädchen oft wie Kriegsbeute behandelten.

Die Taliban gingen in den 1990er Jahren aus religiösen Schulen im benachbarten Pakistan hervor, als in Afghanistan der Bürgerkrieg tobte. Sie gelobten, die Korruption und Unsicherheit zu beenden, unter der die AfghanInnen unter der Herrschaft der Warlords und Mudschaheddin litten, und das Land unter islamischem Recht zu vereinen. Sie fanden Unterstützung, insbesondere in den armen, ländlichen Gebieten, die am meisten unter dem Aderlass gelitten hatten. Die anschliessende «Befreiung» Afghanistans durch US-amerikanische und britische Streitkräfte führte das Land ausserhalb von Kabul in ein noch grösseres Chaos.

### Kriegsindustrieller Moloch

Washington hat mindestens 88 Milliarden Dollar in die Ausbildung und Bewaffnung einer 300 000 Mann starken afghanischen Armee und Polizei gesteckt, die sich in Kabul, der vermeintlichen Hochburg der Regierung, beim ersten Anblick der Taliban in Luft auflöste.

Das US-Militär, die privaten Sicherheitsfirmen und die Waffenhersteller haben sich an einem bodenlosen Trog bedient und dabei immer mehr in die Aufrechterhaltung der Fiktion eines gewinnbaren Krieges investiert. Eine endlose, sinnlose Besetzung ohne klares Ziel liess ihre Budgets anschwellen und sorgte dafür, dass der militärisch-industrielle Komplex immer reicher und mächtiger wurde. Alles deutet darauf hin, dass derselbe kriegsindustrielle Moloch jetzt einfach den Kurs ändern wird, indem er die Bedrohung durch China, den Iran und Russland hochspielt, um die Fortsetzung von Budgeterhöhungen zu rechtfertigen, die ansonsten gefährdet wären.

Jonathan Cook ist ein britischer Journalist und Medienkritiker  
Quelle: jonathan-cook.net, Übersetzung und Kürzung: IW

## Mosambik «beherrschbar machen»

# Intervention für Rohstoffe

Die EU hat im Nordosten von Mosambik eine Militärintervention beschlossen, mit dem Vorwand der Terrorbekämpfung. Tatsächlich geht es darum, die Ausplünderung der gewaltigen Erdgasreserven in der Region durch die multinationalen Energiekonzerne zu sichern.

Von Tarek Idri

Cabo Delgado ist eine nordöstliche Provinz von Mosambik und liegt an der Grenze zu Tansania. Es ist eine der ärmsten Regionen des Landes und wird von der Regierung schon lange vernachlässigt. In jüngster Zeit wurden jedoch verschiedene Bodenschätze in Cabo Delgado entdeckt: Rubine im Landesinneren und insbesondere grosse Erdgasvorkommen an der Küste.

### Blutiger Konflikt

Dies hat der Bevölkerung in der Region aber kaum genützt, im Gegenteil: Tausende Menschen wurden vertrieben, um die Ausbeutung der Bodenschätze zu erleichtern. Energiekonzerne aus verschiedenen Ländern sind an den Erdgasprojekten beteiligt: Total aus Frankreich, Eni aus Italien und ExxonMobil aus den USA. Die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen durch die ausländischen Konzerne mit Unterstützung von Teilen der herrschenden Klasse von Mosambik haben zu grossen sozialen Spannungen und zu blutigen Konflikten geführt.

Mehrere Staaten versuchen nun, ihre militärische Präsenz in der Region auszubauen. Das Ziel der Interventionen ist vorgeblich der Kampf gegen die dschihadistische Miliz Ansar al-Sunna. Diese startete mit einem Angriff auf die Hafenstadt Mocimboa da Praia im Herbst 2017 einen bewaffneten Aufstand und hat ihn bis heute fortgesetzt. Durch den Konflikt haben 3 000 Menschen ihr Leben verloren und an die 800 000, ein Drittel der Bevölkerung in der Provinz, wurden zu Binnenflüchtlingen. Ein letzter Höhepunkt der Auseinandersetzung fand im März 2021 statt, als Ansar al-Sunna die Stadt Palma in der Nähe der Gasvorkommen angriff und die BewohnerInnen in die Flucht trieb. Der Konzern Total plant dort den Bau einer Flüssiggasanlage samt Exporthafen im Rahmen eines 20-Milliarden-Dollar-Projekts, nun hat er seine Tätigkeiten vorübergehend eingestellt.

Der mosambikanischen Regierung ist es nicht gelungen, den islamistischen Aufstand niederzuschlagen. Sie hat deshalb offiziell die Unterstützung der Entwicklungsgemeinschaft

des südlichen Afrika (SADC) und Ruandas aufgeboten. Ruanda hat bereits 1 000 SoldatInnen und PolizistInnen entsandt. Daneben haben auch einige EU-Staaten an einer eigenen militärischen Präsenz in Cabo Delgado Interesse. Dies trifft einerseits auf die ehemalige Kolonialmacht Portugal zu, die erst 1975 nach einem rund zehnjährigen Kolonialkrieg ihre Herrschaft über das Land aufgab, nun aber ihren Einfluss wieder ausbauen will. Portugal hat im April erste Angehörige seiner Spezialkräfte nach Mosambik entsandt, die dort einheimische Truppen ausbilden sollen, und im Mai die Entsendung weiterer SoldatInnen in Aussicht stellt. Andererseits macht sich Frankreich um die mehreren Milliarden schweren Investitionen des Total-Konzerns vor der Küste nahe Palma Sorgen: Bei dem dortigen Erdgasfeld handelt es sich um eines der drei grössten in Afrika.

### Postkoloniale Interessen

Nun hat die Europäische Union Mitte Juli ebenfalls eine Intervention beschlossen. Dabei gehe es vor allem um die Ausbildung der mosambikanischen Streitkräfte. «Wir werden versuchen, eine Ausbildungsmission zu entsenden, wie wir sie in der Sahelzone haben, um die Sicherheitslage in Mosambik beherrschbar zu machen», erklärte der



Ruandische Soldaten bei der Einnahme der Stadt Mocimboa da Praia, die von den Rebellen besetzt war. Quelle: Twitter

EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell bei einem Treffen der Verteidigungsminister der EU-Staaten in Brüssel. Auf dem Programm stünden «spezielle Schulungen zur Terrorismusbekämpfung». Die Operation «EUTM Mozambique» soll unter portugiesischer Führung stehen und 200 bis 300 SoldatInnen umfassen. Zunächst ist eine Einsatzdauer von zwei Jahren geplant. Neben Portugal wollen nach aktuellem Stand vor allem Frankreich und Italien Truppen stellen. Also genau die Länder, die in der Region Erdgas fördern... Deutschland hingegen wird sich wohl nicht beteiligen – und folgt damit der jahrelangen Devise, für militärische Interventionen, die vor allem im Interesse Frankreichs liegen, keine SoldatInnen einzusetzen. Nur in Mali interveniert Berlin gemeinsam mit Pa-

ris, tut das jedoch, um seinen eigenen Einfluss auszubauen.

Es ist äusserst zweifelhaft, dass der militärische Eingriff erfolgreich sein wird. Bereits Ende April haben 30 lokale NGOs einen offenen Brief an die SADC gerichtet, die zu diesem Zeitpunkt noch über Entsendung und Gestaltung einer Mission debattierte. Darin mahnten sie, «die Lektionen aus ähnlichen Konflikten in Afrika zu berücksichtigen». Mit Verweis auf die Sahelzone, Somalia und das Niger-Delta prognostizierten sie, «dass eine allein militärische Lösung (ohne Massnahmen zur Behebung der Ursachen des Aufstands) die Wahrscheinlichkeit ihrer Ausweglosigkeit» erhöhe. Zudem sei es «unwahrscheinlich, dass sie den Weg zu einem nachhaltigen Frieden» ebneten.

## Teilprivatisierung der RUAG

## Munitionsfabrik zu verkaufen

Mit der Privatisierung der RUAG International will der Bund auch den Munitionshersteller Ammotec verkaufen, den europäischen Marktführer für Kleinkalibermunition. Eine parlamentarische Motion versucht, das noch zu verhindern. Im Nationalrat fand sie eine Mehrheit, im Ständerat scheiterte sie bisher.

Von Jonas Jäggi

Die Privatisierung des grösseren Teils der bundeseigenen Rüstungs-Unternehmen AG, kurz RUAG schreitet zügig voran. Seit Anfang 2020 gibt es unter diesem Namen bereits zwei vollständig getrennte Unternehmen.

Die RUAG MRO Schweiz preist sich als «zukunftsorientierter Technologiepartner der Schweizer Armee» und ist jener Teil, der in Staatsbesitz bleiben soll. MRO ist Unternehmersprech für «Maintenance, Repair» und wahlweise «Overhaul» oder «Operations», steht also für Wartung, Reparatur und Überholung bzw. Betrieb. Sie zählt rund 2500 Mitarbeitende und erzielte 2020 einen Umsatz von 682 Mio. Franken. Ihre Hauptaufgabe: Instandhaltung der Ausrüstung von Armee und Blaulichtorganisationen. Aus der selbstständigen Produktion von Kriegsmaterial zieht sich der Bund damit zurück.

## Die «Perle» der RUAG

Dem gegenüber steht die RUAG International mit 6299 Mitarbeitenden weltweit, die vollständig privatisiert wird. Sie ist zum grossen Teil in der Raum- und Luftfahrt tätig und war mit einem Verlust von 224 Mio. Franken zuletzt stark defizitär in allen Geschäftsbereichen – bis auf einen: Ammotec, die «Perle» der RUAG, europäische Marktführerin für Kleinkalibermunition und pyrotechnische Komponenten für Mittel- und Grosskaliber. In Thun betreibt sie eine der modernsten Munitionsfabriken Europas, fertigt auch Handgranaten und ist führend bei der Herstellung von Präzisionsmunition für Spezialeinheiten.

Ammotec konnte selbst im Coronajahr 2020 eine Umsatzsteigerung von 8% auf 487 Mio. – mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes von RUAG International – und einen Gewinn von immerhin 24 Mio. Franken verbuchen. Dabei erfreute sie sich

vor allem der wachsenden Nachfrage der NATO-Länder, wie wir dem Geschäftsbericht entnehmen können.

Von der Krise stark betroffen waren dagegen Bereiche wie Sprengstoff für die Baubranche oder Munition für Jagd und Sportschützen in Europa. Nicht so in den USA. Dort konnte der Umsatz mit Jagd- und Sportmunition sogar

massiv gesteigert werden. Hatten die US-AmerikanerInnen etwa plötzlich mehr Zeit für ihre Freizeitaktivitäten? Mitnichten. Im Geschäftsbericht heisst es über das «Jagdsegment» in den USA: «Es profitierte vom generellen Boom, der unter anderem durch verschiedene innenpolitische Unsi-

## Westlicher Käufer gesucht

Ammotec soll nun, noch bevor der Rest von RUAG International privatisiert wird, an einen «westlichen Käufer» verkauft werden, «der bereit ist, den Standort Thun längerfristig weiter zu betreiben». So steht es in den strategischen Zielen des Bundesrats. Ein wahrscheinlicher Kandidat ist der



Bereit für den Meistbietenden: Kisten mit Munition bei Ammotec in Thun. Foto: RUAG

deutsche Rüstungsriese Rheinmetall, der in der Vergangenheit bereits Oerlikon Contraves Defence übernommen hat und auf dessen Konto schon jetzt der grösste Teil des in der Schweiz produzierten Kriegsmaterials geht. Die Logik dahinter: Mit dem Verkauf der profitträchtigen Ammotec soll der Rest

des Unternehmens für die Privatisierung saniert werden. Dabei gibt es nur noch eine Hürde: Der Nationalrat hat im März beschlossen, Ammotec von der Privatisierung ausnehmen zu wollen. Motionär Werner Salzmann von der SVP sah vor allem die Versorgungssicherheit mit Munition in Gefahr. Unterstützung erhielt die SVP von den Grünen und der Mehrheit der SP. Von linker Seite geht es dabei aber mehr um den Verdacht, die Privatisierung diene dazu, den Export von Munition zu erleichtern.

## Exportkontrollen ade!

Dass einem bundeseigenen Betrieb tendenziell besser auf die Finger geschaut wird, liegt wohl auf der Hand. Es gibt jedoch noch eine weitergehende Dimension: RUAG International erwirtschaftet über 80% ihres Umsatzes im Ausland – das war ja auch eines der Hauptargumente für die Privatisierung. Wenn ein Schweizer Unternehmen im Ausland produziert und auch von dort exportiert, ist die schweizerische Kriegsmaterialgesetzgebung grundsätzlich nicht anwendbar.

Im Ausland produziert auch Ammotec bereits fleissig, beispielsweise in ihrer Munitionsfabrik in Ungarn. Pläne für eine neue Munitionsfabrik in Brasilien wurden aufgrund von politischem Gegenwind vorläufig auf Eis gelegt. Wieviel Ammotec im Ausland produziert, lässt sich schwer sagen. Dem Geschäftsbericht können wir immerhin entnehmen, dass der Wert ihrer Sachanlagen im Ausland knapp fünfmal so hoch ist wie der in der Schweiz.

Nun ist ein Export von Munition aus Ungarn oder Brasilien zwar nicht bewilligungspflichtig nach Schweizer

Recht, die RUAG ist als Bundesbetrieb jedoch gegenüber ihrer Eigentümerin verpflichtet, die schweizerische Exportkontrollgesetzgebung zu befolgen, unabhängig von wo aus sie exportiert. Das schreibt die Eignerstrategie des Bundes vor – wie lückenlos dies der Bund auch kontrolliert, sei mal dahingestellt. Mit der Privatisierung wird dieses lästige Hindernis jedenfalls auf einen Schlag verschwinden und für Ammotec eröffnet sich ein völlig neuer Absatzmarkt. Dass dies eine Verlagerung der Produktion ins Ausland zusätzlich begünstigen wird, liegt auf der Hand. Für Munition aus Thun werden sich wohl trotzdem noch genügend «anständige» Abnehmer finden, für alle anderen produziert man einfach anderswo. Vor der Korrekturinitiative, die Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer ganz verbieten will, braucht Ammotec so jedenfalls kaum noch Angst zu haben.

## Eine Grundsatzfrage

Dass der Ständerat dem Nationalrat folgt und den Verkauf von Ammotec verhindert, ist unwahrscheinlich. Eine gleichlautende Motion hatte er bereits deutlich abgelehnt, die definitive Entscheidung hat er trotzdem noch einmal auf den Herbst verschoben.

Die Entscheidung wirft auch eine Grundsatzfrage auf: Ist es aus friedenspolitischer Sicht zu begrüssen, wenn sich der Staat aus dem Rüstungsgeschäft zurückzieht? Dazu lesen Sie auf dieser Seite zwei Meinungen: Meiner eigenen stellen wir das Votum von Ständerat Carlo Sommaruga gegenüber. In einem stimmen beide überein: Am besten wär's, wenn gar nicht gerüstet würde.

## Meinung

## Gegen staatliche Waffenproduktion

Wir zitieren aus dem Votum von SP-Ständerat Carlo Sommaruga, mit dem er sich im Juni 2020 dagegen ausgesprochen hatte, den Verkauf der RUAG Ammotec zu stoppen.

## Von Carlo Sommaruga

Es geht hier um die Rolle des Staates als Eigentümer eines Unternehmens, das Waffen oder eben Munition herstellt. Meines Erachtens sollte der Staat aus ideologischen und politischen Gründen keine Rolle bei der Herstellung von Waffen und Munition spielen. Dies ist keine hoheitliche Aufgabe des Staates und auch kein öffentlicher Dienst zum Wohle der Gemeinschaft. Es geht heute somit darum, die Dinge richtig zu stellen, unabhängig davon, welche Konsequenzen das Vorgehen des Bundesrates hat, ob es sich um eine Privatisierung handelt oder nicht. Prinzipiell gibt es keinen Grund für den Staat, eine Waffenindustrie zu besitzen.

Ich denke, dass wir heute im Gegenteil im Rahmen einer offenen internationalen und europäischen Gemeinschaft eher an eine multilaterale Dynamik denken sollten, die darin besteht, die Produktion Privaten zu überlassen, von denen sich der Staat beliefern lassen kann, wenn er es für wichtig hält.

Ich möchte auf etwas hinweisen, das auch für das Image der Schweiz in Bezug auf die Herstellung von Munition wichtig ist. Man hat uns gesagt, dass Ruag Ammotec auf die Herstellung von Kleinkalibermunition spezialisiert ist, und das ist richtig. Sie ist aber auch auf Waffen spezialisiert, die von Spezialeinheiten verwendet werden. Dies ist eines der Markenzeichen der Produktion von Ruag Ammotec. Was sind diese Spezialeinheiten? Das sind Engagements demokratischer Länder, die sich allerdings bisweilen am Rande der Legalität bewegen. Ich will Ihnen hier keine Beispiele nen-

nen. Wir alle kennen Beispiele, in denen sich Spezialeinheiten von Nachbarländern, die ebenfalls Militärmächte sind, mit ihren Interventionen am Rande der Legalität bewegt haben.

Wollen wir morgen in den Kampfgebieten Waffen oder vielmehr Munition finden, die von einer Industrie des Bundes hergestellt wurden? Meine Antwort lautet eindeutig nein. Es gibt keinen Grund, Waffen, die von Unternehmen in Bundesbesitz hergestellt werden, in Konfliktgebieten zu haben.

Auch sollte der Privatsektor diesen Markt nicht übernehmen. Hierfür gibt es Vorschriften, die den rechtlichen Rahmen für die Begrenzung von Waffenexporten bilden. Es besteht jedoch die Gefahr eines zusätzlichen Imageschadens, wenn die Waffen produzierende Industrie in den Händen des Bundes liegt und es sich um Waffen – in diesem Fall Munition – handelt, die von Spezialeinheiten verwendet werden.

Ich bin überzeugt, dass die Annahme dieser Motion mehr noch als die Tatsache, dass ein Unternehmen, das Waffen und Munition herstellt, in staatlicher Hand bleibt – was ich für eine Erbsünde halte –, eine Botschaft des protektionistischen Rückzugs sendet. Die Covid-19-Krise hat uns gezeigt, dass wir mit den Nachbarländern im europäischen Rahmen zusammenarbeiten müssen, um die Voraussetzungen für die Bewältigung einer Krise zu schaffen, sei es eine Gesundheits- oder eine Sicherheitskrise. Das ist der Weg, den wir gehen sollten, und nicht der, der uns zu einem nationalistischen und protektionistischen Rückzug führen würde.

Quelle: parlament.ch, aus dem Französischen übersetzt und gekürzt: IW

## Meinung

## Kriegsgeschäft demokratisieren

Von Jonas Jäggi

In seiner berühmten Abschiedsrede warnte US-Präsident Eisenhower vor der Verbindung zwischen Regierung, Militär und Rüstungsindustrie, was er den militärisch-industriellen Komplex nannte: «In den Regierungsgremien müssen wir uns dagegen schützen, dass der militärisch-industrielle Komplex, gewollt oder ungewollt, ungerechtfertigten Einfluss erlangt. Das Potenzial für den verheerenden Aufstieg von fehlgeleiteter Macht besteht und wird fortbestehen.»

Ein starkes Stück aus dem Munde des Oberkommandierenden der damals schon grössten Militärmacht der Welt. Sollten sich daher nicht Regierungen aus dem Rüstungsgeschäft heraushalten, um diese verhängnisvolle Verbindung zu entflechten?

Ich wage hier genau für das Gegenteil zu argumentieren. Zunächst aber eine Klarstellung: Unser Ziel ist vollständige Abrüstung und damit auch die vollständige Abschaffung aller Rüstungsindustrie. Die Frage ist: Wie kommen wir dorthin?

Die Gefahr, die vom militärisch-industriellen Komplex ausgeht, besteht darin, dass ein zum Selbstzweck gewordenes Geschäft mit dem Krieg die Regierungsentscheidungen bestimmt.

Denn für die Rüstungslobby bedeutet Krieg unmittelbar Absatz, also Profit. In öffentlichen Betrieben mag Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielen, es werden jedoch immer auch andere, sogenannte öffentliche Interessen Eingang finden und worin diese bestehen, bestimmt der Gesetzgeber. Soweit der Staat gleichzeitig Produzent und Kunde von Kriegsmaterial ist, besteht überhaupt kein Profitinteresse. Eine staatliche Rüstungsindustrie verhindert, dass Geld von Steuerzahlern an private Kriegsprofiteure fließt. Das unmittelbare finanzielle Interesse am Krieg lässt sich so weitgehend ausschalten, bevor überhaupt abgerüstet werden müsste.

Aber, so kann man fragen, würde uns das nicht alle zu Kriegsprofiteuren machen? Soweit wir Kriegsmaterial exportieren, ja. Und in gewissem Sinne ist das gerade der Punkt: Wir wären gezwungen, demokratisch die moralische Verantwortung zu übernehmen, die wir ohnehin haben. Dem eigenen Rüstungsunternehmen kann ein Staat direkt vorschreiben, wohin es Waffen liefern darf und wohin nicht, und zwar selbst dann, wenn es im Ausland produziert – das Beispiel RUAG zeigt, wie das geht. Gerade die Gefahr eines Imageschadens kann dabei ein mächtiges Druckmittel sein.

Eisenhower war kaum ein Pazifist in unserem Sinn, trotzdem liegt Wahrheit in den Worten, mit denen er seine Warnung abschloss: «Nur eine aufmerksame und sachkundige Bürgerschaft kann das richtige Ineinandergreifen der riesigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, so dass Sicherheit und Freiheit gemeinsam gedeihen können.»

Ich sehe den Grundgedanken der Demokratie weniger in der Aneignung von Macht zuhanden der Bürger, als der systematischen Begrenzung von Macht mittels Kontrolle durch die Bürger. In diesem Sinne bin ich überzeugt, dass die Macht von Militär und Rüstungsindustrie nur begrenzt werden kann, indem sie, entgegen der aktuellen Tendenz zum privatisierten Krieg, konsequent demokratischer Kontrolle unterstellt wird.

Könnte weltweit ein Staatsmonopol auf die Herstellung von Kriegsmaterial durchgesetzt werden, gäbe es keine profitgeleitete Rüstungslobby mehr, sondern nur noch die Staaten selbst mit ihren angeblichen Sicherheitsinteressen. Dann würde plötzlich auch das Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung in greifbarere Nähe rücken.



Israelische Mauer, die Gaza abriegelt. Quelle: SDAJ

## Eskalation im Israel/Palästina-Konflikt

# Mit Boykott Druck aufbauen

Hunderte Tote, Tausende Verletzte und Vertriebe sowie eine zerstörte Infrastruktur sind das Resultat der jüngsten israelischen Angriffe auf Gaza. Ein Gespräch mit dem BDS-Aktivistin Hisham Damaj über die Hintergründe der Eskalation, über die Situation der Menschen in Palästina und was wir in der Schweiz tun können.

Von Tarek Idri

**Im Frühling gab es Angriffe von Israel auf Gaza. Was war der Auslöser und was sind die Hintergründe für die jüngste Eskalation im Konflikt? Welche Rolle spielte das Quartier Sheikh Jarrah in Jerusalem dabei?**

*Hisham Damaj:* Der direkte Auslöser war die angedrohte Vertreibung der Bewohner\*innen aus den Häusern im Viertel Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem. Die Häuser von 28 palästinensischen Familien sollten zwangsräumt werden, da jüdische Siedler\*innen behaupten, das Land gehöre historisch den Juden. Seit langem läuft ein Prozess vor Gericht. Schon früher wurden in diesem Quartier Familien aus ihren Häusern rausgeworfen und nun wohnen israelische Siedler\*innen drin. Diese werden von verschiedenen zionistischen Organisationen unterstützt, die Anspruch auf das gesamte palästinensische Land erheben und die kolonialistische Landnahme und Besiedlung auch in Ost-Jerusalem fortsetzen.

**Als weiterer Auslöser des Konflikts wird der Angriff auf die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem durch israelische Polizisten genannt. Was ist dort passiert?**

Mit der Androhung der Zwangsräumung von weiteren Häusern palästinensischer Familien, den täglichen Angriffen und Provokationen der Siedler\*innen mit Unterstützung durch die israelische Polizei und der Behinderung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser\*innen in Ost-Jerusalem war ein Höhepunkt erreicht. Die Palästinenser\*innen fühlen sich aus Ost-Jerusalem immer mehr verdrängt. Während des Fastenmonats Ramadan wurden Gläubige immer wieder daran gehindert, zum Gebet zur Al-Aqsa-Moschee zu gehen. Ende Ramadan wurden die Besucher der Al-Aqsa-Moschee während des Gebets von der israelischen Polizei und den Siedler\*innen provoziert.

Die Moschee wurde von der israelischen Polizei gewaltsam gestürmt, viele Palästinenser\*innen verhaftet. Bei den Zusammenstößen wurden mehr als 200 Palästinenser\*innen verletzt. In dieser Situation schaltete sich die Hamas ein und stellte Isra-

el ein Ultimatum, die Polizei müsse bis 18 Uhr vom Gelände der Al-Aqsa-Moschee und dem Viertel Sheikh Jarrah abziehen. Israel reagierte nicht, worauf die Hamas mehrere Raketen auf Jerusalem abfeuerte.

**Im Mai wurde nach heftigen Bombardierungen ein Waffenstillstand zwischen beiden Seiten vereinbart. Was hatte die militärische Auseinandersetzung für Folgen?**

Wie bei allen israelischen Angriffen auf Gaza wurde einmal mehr die Infrastruktur gezielt massiv zerstört, darunter Schulen, Spitäler, Kindergärten, landwirtschaftliche Infrastrukturen, Kanalisation, Wasserleitungen, Elektrizitätswerke, Fabriken, Medien und Hochhäuser usw.

Weiter gab es zivile Opfer in der Bevölkerung von Gaza, 243 Palästinenser\*innen wurden getötet, darunter 66 Kinder und 39 Frauen. Es gab rund 1 900 Verletzte, darunter 560 Kinder, 380 Frauen und 91 alte Personen. Mehr als 75 000 Leute sind während den Angriffen aus ihren Häusern geflüchtet.

**Der Waffenstillstand mit Israel bedeutet noch keinen Frieden. Wie steht es um die Friedensverhandlungen? Gibt es hier irgendwelche Chancen auf Fortschritt?**

Nein, ich sehe keine Chance auf Fortschritt.

**Die Wahlen in Palästina wurden von Präsident Mahmud Abbas während des Konflikts verschoben. Was sind die Gründe für die Absage und glaubst du, dass sich bei den Wahlen, wenn sie stattfinden, etwas verändern wird?**

Präsident Abbas hat von Israel verlangt, dass die palästinensischen Bewohner\*innen von Ost-Jerusalem auch wählen dürfen. Dies wurde in den Oslo-Verhandlungen in den 90er-Jahren so festgelegt. Israel hat dies nicht erlaubt. Daher hat er die Wahlen abgesagt. Damit sind die meisten Palästinenser\*innen aber nicht einverstanden. Sie finden, man soll die Wahlen trotzdem durchführen und für die Wahlbeteiligung von Ost-Jerusalem kämpfen. Nach meiner Meinung sind Wahlen unter einer Besatzung politisch sinnlos. Israel versucht immer

wieder, die Wahlen zu stören und das Volk zu spalten, damit es nicht vereint gegen die Besatzung kämpft und mit sich selbst beschäftigt ist.

**Das palästinensische Volk hat in den vergangenen Jahren immer wieder Konflikte und Kriege erlebt. Wie sieht die Lage der Menschen in Palästina momentan aus?**

Die Lage der Menschen in Palästina ist katastrophal. Gaza ist ein riesiges Gefängnis, alles ist abgeriegelt. Das Volk leidet dort sehr. Die Infrastruktur wird durch Israel immer wieder zerstört.

Die Wirtschaft in ganz Palästina ist total am Boden. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Die israelische Besatzung verhindert seit Jahren systematisch eine Entwicklung der Wirtschaft in allen Bereichen. Israel bestimmt, was exportiert und was importiert werden darf. Die Wasserquellen auf dem Boden Palästinas werden ebenfalls von Israel kontrolliert. Die israelischen Behörden bestimmen, wie viel Wasser wann gebraucht werden darf, da sie das Wasser verteilen. In den jüdischen Siedlungen auf besetztem Gebiet gibt es jeden Tag 24 Stunden Wasser, im palästinensischen Dorf nebenan oft nur einmal pro Woche wenige Stunden.

In der Westbank wird jeden Tag noch mehr Land von Siedler\*innen besetzt und gestohlen. Die palästinensischen Bauern und Bäuerinnen werden von Siedler\*innen attackiert, wenn sie ihre Felder bearbeiten. Die palästinensische Landwirtschaft wird zerstört. Die Bewegungsfreiheit ist massiv eingeschränkt durch Checkpoints. Die Häuser werden zerstört, die Leute aus ihren Häusern vertrieben oder das Land besetzt, wie zum Beispiel in Sheikh Jarrah, Silwan und Beita. Fast jeden Tag werden von den israelischen Behörden Palästinenser\*innen in ihren Städten und Dörfern verhaftet. Teilweise werden sie in Administrativhaft genommen, d.h. auf unbestimmte Zeit und ohne Anklage und Verfahren inhaftiert. Die Aufzählung der Ungerechtigkeiten könnte hier noch lange fortgesetzt werden.

**Wie können wir in der Schweiz das palästinensische Volk unterstützen?**

Die Schweizer\*innen sollten das Ende der brutalen Besatzung und der systematischen Diskriminierung fordern und sich öffentlich dafür einsetzen, anstatt zu schweigen. Sie können palästinensische NGOs unterstützen. Ein wichtiger politischer Ansatz, der

von palästinensischer Seite initiiert wurde und international mitgetragen wird, ist aber die BDS-Bewegung, die es zu unterstützen gilt!

**Was genau macht die BDS-Bewegung? Was macht die BDS Schweiz?**

Inspiziert vom Kampf der Südafrikaner\*innen gegen die Apartheid, ruft die palästinensische Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel auf, bis dieses internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt. BDS Schweiz unterstützt diese Bewegung und den Aufruf der palästinensischen Zivilbevölkerung in Bereichen wie Sport, Bildung, Kultur, Konsum, Rüstungskonkurrenzen und vielem mehr.

Der Boykott ist ein friedliches und effektives Mittel, mit dem weltweit immer mehr BürgerInnen, KünstlerInnen, Intellektuelle und Gewerbetreibende zeigen, dass sie nicht weiterhin hinnehmen wollen, dass der Staat Israel über dem internationalen Recht steht. Wir rufen deshalb zum Boykott von Produkten, Unternehmen und Institutionen auf, die sich an der Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung beteiligen und die Besatzung und Apartheid Israels stützen – nicht zuletzt indem sie von dieser profitieren. Wir fordern ein Ende der Besatzung und Apartheid, und das Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge.

Informationen zur BDS-Kampagne unter: [bds-info.ch](http://bds-info.ch)

## Türkische Offensive im Nordirak

# Friedensdelegation festgenommen

Die Türkei hat dieses Jahr eine Offensive im Nordirak gegen die PKK gestartet, dabei wurde die Zivilbevölkerung und ein Flüchtlingslager Ziel der Angriffe. Deutschland verhinderte derweil die Einreise einer internationalen Friedensdelegation in die Region, um den deutsch-türkischen Beziehungen nicht zu schaden.

Von Seyhan Karakuyu

Im Juni reiste eine Friedensdelegation, die sich aus verschiedenen PolitikerInnen, JournalistInnen und solidarischen AktivistInnen zusammensetzte, nach Erbil, Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan im Irak. Auch Menschen aus der Schweiz waren Teil der Delegation. Hintergrund war die türkische Militäroffensive gegen kurdische Gebiete im Nordirak, wobei Völkerrechtsverletzungen von der Friedensdelegation beobachtet und dokumentiert werden sollten. Einigen Delegationsmitgliedern wurde die

ort dient. Doch bei den Luftangriffen wurde unter anderem auch ein Flüchtlingslager zur Zielscheibe, wobei mehrere ZivilistInnen ums Leben kamen. Für die Friedensdelegation war das ein Grund zum Handeln. Doch schon bei der Ausreise aus Düsseldorf zeigte sich, welche Interessen die EU vertrat. Die Verhinderung der Ausreise wurde damit begründet, dass eine solche Initiative der türkisch-deutschen Beziehung Probleme bereiten könnte. Gleich nach der Sicherheitskontrolle wurden alle Delegationsmitglieder festgenommen, verhört und festgehalten. Nur einige konnten



Die internationale Friedensdelegation wird am Flughafen festgesetzt. Quelle: zVg.

Ausreise vom Flughafen Düsseldorf verweigert, andere wurden 15 Stunden am Flughafen in Erbil festgesetzt, darunter Tobias Schnebli von der PdA Genf und «Basta!»-Parteisekretärin Franziska Stier.

**Völkerrechtswidriges Vorgehen**

Am 23. April 2021 startete das türkische Militär eine Offensive im Nordirak mit Artillerie- und Luftangriffen, die bis heute andauert. Die Präsenz des türkischen Militärs in den benachbarten Ländern hat seit Erdogans Machtübernahme stetig zugenommen. So kam es 2007 zwischen der Türkei und dem Irak zu einem Abkommen, um gemeinsam gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorzugehen. Betroffen vom Abkommen ist insbesondere die Autonome Region Kurdistan im Nordirak.

Die türkische Offensive richtet sich vorgeblich gegen das Kandil-Gebirge, welches der PKK als Rückzugs-

durch diplomatische Beziehungen weiterreisen oder problemlos zurückkehren. Es gab keinen rechtlichen Grund die Einreise dieser Personen zu verweigern. Die regierende Demokratische Partei Kurdistans (KDP) in Erbil unterstellte der Delegation, dass sie Mitglieder terroristischer Gruppen seien und keine friedlichen Absichten hätten.

Deutschland zeigte sich mit dem Ausreiseverbot, welches auch BürgerInnen anderer Länder betraf, weder liberal noch souverän, da es sich komplett den Interessen der Türkei unterordnete. Auch könnten die europäischen Staaten im UNO-Sicherheitsrat das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei thematisieren, doch weshalb geschieht dies nicht? Einerseits will man, dass der Flüchtlingspakt zwischen der EU und Erdogan verlängert wird, andererseits braucht man gute Beziehungen zur KDP-Regierung, welche einen Grossteil der irakischen Ölquellen kontrolliert.



In weniger als einem Jahr hat die kubanische Wissenschaft einen Impfstoff (Abdala, mit ausgewiesener Wirksamkeit von 92,28 Prozent) und vier weitere Impfstoffkandidaten gegen COVID-19 entwickelt, um die gesamte Bevölkerung des Landes mit eigenen Mitteln zu immunisieren. Foto: BioCubaFarma

Was geschieht in Kuba?

# Welch «gescheiterter Staat»!

Proteste all überall. Und nun plötzlich auch auf Kuba. Der US-amerikanische Präsident qualifiziert die Karibikinsel gegenüber Kanzlerin Angela Merkel als gescheiterten Staat und sorgt sich um die humanitäre Situation. Dass diese Situation in erster Linie der US-Blockade geschuldet ist, davon spricht er nicht.

Von Martin Schwander

Über 230 000 Menschen trugen am 7. August ihre Wut gegen den französischen Staat auf die Strasse. Am Tag darauf waren es in Argentinien Zehntausende, die gegen Armut und Arbeitslosigkeit demonstrierten. In Kolumbien rebelliert die Bevölkerung seit Wochen gegen die Regierung und das Wirtschafts- und Sozialsystem. Innerhalb eines Monats (Mai) wurden dabei laut Human Rights Watch 61 Menschen von kolumbianischen Sicherheitskräften getötet. Am letzten Juli-Wochenende fanden in 400 Städten Brasiliens bereits die vierten Massenproteste seit Ende Mai statt. Laut Frankfurter Allgemeine beklagten sich die Demonstrierenden vor allem über «die spät angelaufene Impfkampagne, die hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Unterstützung für die wirtschaftlich von der Pandemie betroffenen einkommensschwachen Bevölkerungsschichten.»

Zu mehr als Eintagsfliegen und Randnotizen schafften es diese Proteste in unserer Presse nicht. Geschweige denn, dass da zu «Hilfskorridoren» aufgerufen worden wäre oder gar zur «humanitären Intervention». Dass Menschen an diesen Kundgebungen ihr Leben liessen und Tausende verhaftet wurden: Alltag. Es folgt der Wetterbericht.

**Unzufriedenheit in Kuba**

Am 11. Juli haben sich im Städtchen San Antonio de los Baños, nahe der kubanischen Hauptstadt, einige Hundert Menschen auf die Strasse begeben, um zunächst friedlich, später mit einigem Radau ihrer Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage Ausdruck zu geben. Via soziale Medien und angeheizt mit gezielten Gerüchten (etwa «Raul Castro hat sich ins Ausland abgesetzt») wurden auch in anderen Städten Kubas Proteste laut, die Stimmung immer aggressiver und es folgten Bilder, die wir selbst bestens kennen: Umgestürzte Fahrzeuge, fliegende Pflastersteine

und Gitter, brennende Barrikaden – und Sicherheitskräfte, die dem Ganzen mehr oder weniger friedlich ein Ende bereiteten.

Dass die kubanische Gesellschaftsform und die kubanische Regierung nicht von der gesamten Bevölkerung Kubas mitgetragen werden, ist weder bestritten noch aussergewöhnlich. Wenn wir als statistischen Wert die Abstimmung vom 24. Februar 2019 nehmen, als es um die neue Verfassung und um die Bestätigung des sozialistischen Charakters der kubanischen Gesellschaft ging, so haben bei einer Stimmbeteiligung von 84 Prozent immerhin über eine Million der Abstimmenden entweder Nein gesagt (9 Prozent), leer (2,5 Prozent) oder ungültig eingelegt (1,6 Prozent).

**Ein klarer Misserfolg**

Angesichts dieses real existierenden regierungs- und systemfeindlichen Potenzials waren die paar Tausend, die zur Randalie auf Kubas Strassen mobilisiert werden konnten, dann aber doch eigentlich wenig. Ein klarer Misserfolg auf alle Fälle für jene, die sich in kläglicher Unkenntnis der kubanischen Geschichte eine Art «Maidan» erhofft hatten, eine dieser fremdfinanzierten «farbigen Revolutionen», die andernorts reihenweise Länder in die Arme der NATO getrieben haben. Und dass sich der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel in San Antonio de los Baños der Bevölkerung noch gleichentags zum Dialog stellte und in den Tagen danach in den Parks und auf den zentralen Plätzen des Landes sich Hunderttausende zur Unterstützung der Revolution einfanden, wurde natürlich vornehm verschwiegen. Weil nicht ist, was nicht sein darf.

Es gab am 11. und 12. Juli einige Verhaftungen, ein paar Dutzend der Demonstrierenden wurde den Gerichten überwiesen, Verletzte gab es vorab unter den Sicherheitskräften und jenen Kubanerinnen und Kubanern, die sich schützend vor ihre Institutionen gestellt hatten. Den grossen Medien

dieser Welt üblicherweise kaum mehr wert als eine Randnotiz. Und sicher nicht Thema eines Gesprächs, sagen wir, zwischen dem US-Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. Oder Grund für die Forderung nach einer «humanitären Intervention», nach internationalen Sanktionen. Und schon gar nicht für einen dramatischen Auftritt der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Üblicherweise. Ausser es handle sich um Kuba, diesen «bankrotten Staat».

**Kuba vor der Revolution**

Bankrotter Staat? Schauen wir uns das genauer an. Was war denn Kuba vor der Revolution? Der Arzt und Mitbegründer der kubanischen Krebsforschung, Dr. med. Augustín Lágave Davila, meinte in seinem persönlichen Blog dazu, Kuba sei ein Land gewesen mit einer Monokultur, bei der Zucker 80 Prozent der Exporte ausmachte; ein Land, in welchem US-amerikanische Investoren unter anderem 90 Prozent der Telefonindustrie, 70 Prozent der Ölraffinerien, 100 Prozent der Nickelproduktion und 50 Prozent der Eisenbahnen beherrschten und US-Pharmaunternehmen 70 Prozent des nationalen Arzneimittelmarchtes kontrollierten; ein Land, in welchem kaum 3 Prozent der Bauern Boden besaßen, wo in ländlichen Gegenden nur 4 Prozent der Kinder Fleisch essen und 11 Prozent Milch trinken konnten; ein Land mit einer Kindersterblichkeitsrate von 65 pro 1 000 Geburten und einer Lebenserwartung von 62 Jahren, mit einer geschätzten Abdeckung in der staatlichen Gesundheitsversorgung von gerade mal 6 Prozent; ein Land, in welchem nur etwas mehr als die Hälfte der Kinder eine Schule besuchen konnten und die Analphabeten-Quote 30 Prozent ausmachte; ein Land, in welchem 35 Prozent Arbeitslosigkeit herrschte, wo bloss 22 Prozent der Häuser ihren Bewohnern gehörten, 72 Prozent aller Häuser über keinerlei sanitäre Einrichtungen und 42 Prozent über keinen Strom verfügten.

**Kuba heute**

Jetzt, im 21. Jahrhundert und im Jahr 62 der Revolution, präsentiert sich

Kuba, so Dr. Augustín Lágave, als ein Land mit einer Kindersterblichkeit von 4 pro 1 000 Lebendgeburten, einer Lebenserwartung von 78,4 Jahren, einer Arbeitslosigkeit von 3,1 Prozent, einer Einschulungsrate in der Grundschule von 98 Prozent, einer durchschnittlichen Schulbildung von 11,5 Schuljahren und einer Million von Kubanerinnen und Kubanern, die einen Hochschulabschluss besitzen. Kuba sei ein Land, dessen Bewohnerinnen und Bewohnern pro Tag ein Nährstoffgehalt von 3 258 kcal und 86,6 g Eiweiss zur Verfügung stünde, ein Land mit einer der niedrigsten Mordraten des Kontinents (4,3/100 000) und dafür der weltweit höchsten Dichte an Ärztinnen und Ärzten (1 auf 132 EinwohnerInnen) und einer der höchsten Raten an Lehrkräften pro Studierenden aller Stufen (11 pro 100). Und, so wollen wir Augustín Lágave ergänzen, das einzige Land Lateinamerikas, das es geschafft hat, eigene Impfstoffe gegen Covid-19 zu entwickeln und zu produzieren.

**Plumpe Propaganda**

Bankrotter Staat? Tatsächlich ist Kuba ein arg gebeuteltes Land. Die Pandemie beispielsweise hat bis zum heutigen Tag (11. August) zu 491 904 Ansteckungen und (bei einer Letalitättsrate von 0,76 Prozent) zu 3 757 Todesfällen geführt. Der Tourismus, eine der wichtigsten Einnahmequellen, ist durch die weltweite Seuche praktisch zum Stillstand gebracht worden. Auch endogene Probleme machen Kuba zu schaffen, die schwerfällige Bürokratie etwa und eine Produktivität, die den realen Bedürfnissen hinten nachhinkt. Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Versorgungsengpässen trägt in allererster und hauptsächlichster Linie jedoch die kriminelle, abscheuliche und nun bereits 60 Jahre (!) andauernde Erstreckungspolitik der USA. Denn was in den Medien meist verharmlosend unter Wirtschaftsembargo subsumiert wird, ist in Tat und Wahrheit eine alles umfassende, völkerrechtswidrige Blockade normaler Wirtschafts-, Handels- und

Finanzbeziehungen Kubas mit der übrigen Welt.

«Jede Analyse der kubanischen Wirtschaft», so der argentinische Soziologe und Schriftsteller Atilio Borón, «die diese grundlegende Tatsache ignoriert, wird niemals in der Lage sein, eine überzeugende Erklärung für die Lage des Landes zu liefern und muss als plumpe Propaganda betrachtet werden.» Gemäss kubanischen Berechnungen, die 2020 der UNO-Generalversammlung unterbreitet wurden, betrug die wertberichtigten finanziellen Auswirkungen der Blockade bis März 2020 mehr als 1 000 Milliarden Dollar. Die Folgen dieser erzwungenen Abschottung Kubas von der Weltwirtschaft, ihre nochmalige Verschärfung gerade während der Pandemie, sind fatal und machen sich tief im kubanischen Alltag, in jedem kubanischen Haushalt bemerkbar. Diese Fatalität ist gewollt: Die Blockade hat seit ihrer Inkraftsetzung am 7. Februar 1962 zum erklärten Ziel, das kubanische Volk auszuhungern und damit die Revolution zu Fall zu bringen.

Dieses Ziel wurde bekanntlich nicht erreicht. Heute mit dem Finger auf Kuba zu zeigen und von «gescheitertem Staat» zu sprechen, dem nur noch mit einer «humanitären Intervention» (à la Libyen? Serbien? Irak?) zu helfen sei, ist mehr als zynisch. Atilio Borón merkte in einem kürzlichen Text ironisch an, wenn das Imperium wirklich glauben würde, was seine Sprecher sagen (dass Kuba ein gescheiterter Staat sei), «sollte es die Blockade sofort aufheben, damit deutlich wird, dass die Probleme der kubanischen Wirtschaft auf die Irrationalität des Sozialismus und die Unfähigkeit der revolutionären Regierung zurückzuführen sind.»

Was es natürlich nicht tun wird, trotz jährlicher Aufforderung durch 98 Prozent der UNO-Mitgliedstaaten. Denn, wie Augustín Lágave formuliert: «Die Blockade Kubas ist nicht eine Reaktion auf das Scheitern der Revolution. Es ist genau umgekehrt: Die Blockade ist eine Reaktion auf die Erfolge der Revolution.»

**NOTHILFE FÜR KUBA**

Die Versorgungslage in Kuba ist prekär und es herrscht insbesondere ein akuter Mangel an Medikamenten. *mediCuba-Suisse* und *mediCuba-Europa* haben mit weiteren Unterstützern eine Kampagne lanciert, mit dem Ziel, Geld für die Beschaffung von dringend benötigten Medikamenten (insbesondere Antibiotika und Heparin) und Rohstoffen für deren Herstellung in Kuba zu sammeln.

Konto von *mediCuba-Suisse* (in CHF):  
**IBAN CH60 0900 0000 8005 1397 3**

Vermerk «Medikamente» (Wir empfehlen, Kuba nicht zu erwähnen, um bei der Überweisung Probleme mit den Banken zu vermeiden.)

Siehe auch:  
[medicuba.ch/de/start-der-kampagne-medikamente-fuer-kuba](http://medicuba.ch/de/start-der-kampagne-medikamente-fuer-kuba)

# Talon zum Mitbewegen

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

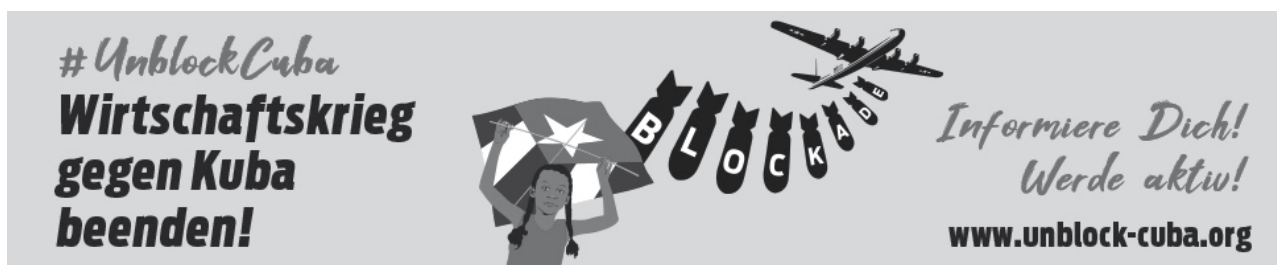
Strasse: \_\_\_\_\_ Mail (fak.): \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, [mail@friedensbewegung.ch](mailto:mail@friedensbewegung.ch)



## Assange-Prozess: Berufungsverfahren ohne Craig Murray

## Zum Schweigen gebracht

Am 27. Oktober 2021 soll das Berufungsverfahren im Prozess gegen Julian Assange starten. Nicht dabei als Berichterstatter ist Craig Murray, dem wir in der Vergangenheit einen umfassenden Einblick in das zweifelhafte Justizverfahren gegen Assange verdanken.

Von Alva Noi

Ende Oktober soll im «Woolwich Crown Court» im Gefängnis Belmarsh die nächste Runde eingeläutet werden. Entschieden wird dann, ob die Gründe der ersten Instanz ausreichen, Julian Assange aufgrund seines Gesundheitszustandes und der zu erwartenden Haftbedingungen in Amerika nicht in die USA zu überstellen. Gegen dieses Urteil vom Januar 2021 haben die USA Berufung eingelegt. Die Verhandlungen werden diesmal ohne Beobachtung von Craig Murray stattfinden. Der ehemalige Botschafter Grossbritanniens wurde selbst in ein dubioses Gerichtsverfahren verstrickt und sitzt zum Zeitpunkt der Verhandlung im Gefängnis. Doch der Reihe nach.

## Unfares Verfahren

Im Frühjahr und Sommer 2020 berichtete Craig Murray ausführlich über die Prozesstage im Auslieferungsverfahren gegen Julian Assange. Er zeichnete die Argumentationslinien der Anklage sowie die Vorwürfe der Verteidigung nach, wie sich das für eine seriöse Prozessberichterstattung gehört. Doch dabei blieb es nicht. In seinem Blog beschrieb er auch die Umstände, unter denen der Prozess geführt wurde. Dieser Teil der Berichterstattung hatte enorme Sprengkraft. Denn Murray kam zum Schluss: Das Verfahren gegen Assange ist nicht fair. Und dies aus verschiedenen Gründen.

Der Gerichtssaal befindet sich nicht wie üblich in einem Gericht in London, sondern im Belmarshgefängnis selbst. Die Verlegung an diesen Ort

hinter Stacheldraht und Panzerglas hat Konsequenzen. Zitat aus dem Blog von Craig Murray vom ersten Verhandlungstag: «Eine Konsequenz im Gerichtssaal ist [...], dass Julian Assange am hinteren Ende des Gerichtssaals hinter einer Trennwand aus kugelsicherem Glas eingesperrt ist. Er [Assange] hat während dem Verfahren mehrere Male darauf hingewiesen, dass dieser Umstand es ihm sehr erschwere, die Verhandlung zu sehen und zu hören.»

## Erschwerte Kommunikation

Der Blogbeitrag vom zweiten Verhandlungstag beginnt mit einer Aussage des Verteidigers von Assange, die aufhorchen lässt. «Er gab an, dass Julian gestern [...] zweimal nackt ausgezogen und durchsucht worden sei, elfmal Handschellen angelegt bekommen hat und fünfmal in unterschiedlichen Aufbewahrungszellen eingesperrt worden ist. Weiterhin wurden ihm sämtliche Gerichtsdokumente von den Gefängnismitarbeitern weggenommen, einschliesslich der geschützten Kommunikation zwischen ihm und seinen Anwälten, und es wurde ihm keine Möglichkeit gelassen, sich auf die Beteiligung am heutigen Verfahren vorzubereiten.»

Nicht ermutigender sind Murrays Randnotizen zum dritten Tag. «Gestern antwortete er [Assange] recht ausführlich, dass er in seinem Glas käfig nicht richtig hören könne, was vorgehe, und dass er nicht mit seinen Anwälten kommunizieren könne (irgendwann während der gestrigen Verhandlungen fingen sie damit an, ihn daran zu hindern, Notizen an seine Anwälte weiterzureichen [...]).»

Man muss sich die Situation vorstellen. Kommunikation zwischen Angeklagtem und Verteidiger via Zettel, von Gerichtsdienern übergeben. Einen Antrag, Assange wie andere Gefangene neben seinen Anwälten sitzen zu lassen, lehnte Richterin Baraitser ab. Dies mit der Begründung: «[...] dass eine Befreiung Assanges aus der Zelle in den Gerichtssaal bedeuten würde, dass er aus dem Gewahrsam entlassen sei. Um dies zu erreichen, würde es eines Kautionsantrags bedürfen.»

Am vierten Tag ging es um die Unterbrechungen der Richterin während der je einstündigen Plädoyers von Verteidiger Fitzgerald und Ankläger Lewis. Siebzehn zu eins der Schlussstand, natürlich für die Verteidigung. Im Blog schreibt dann Murray zu den Einwänden und Nachfragen der Richterin: «Was ein Protokoll [...] zeigen wird, ist die [...] Taktik, die darin bestand, Fitzgerald wieder und wieder zu unterbrechen, [...] und ihn sehr vorsätzlich daran zu hindern, seine Argumentation flüssig vorzutragen. Der Kontrast zu ihrem Umgang mit Lewis könnte nicht stärker ausgeprägt sein.»

## Beeinflussung der Medien

Apropos Unterbrechungen der Reden durch die Richterin Braiter: Ein Abschnitt im Blogbeitrag vom ersten Prozesstag fasst Ungeheuerliches zusammen. Darin zitiert Murray den Ankläger Lewis in seiner Anklageeröffnung, die aus zwei Teilen bestand. Beide gleichermaßen aussergewöhnlich. Ankläger Lewis richtete sich in seiner Rede nicht wie üblich an die Richterin, sondern explizit an die Medien. «[Er] hat tatsächlich zweimal während seiner Anklageeröffnung gesagt, dass er sich damit an die Medien richtet, einmal wiederholte er einen Satz und betonte [...], dass er diesen Satz wiederhole, weil es wichtig sei,



Craig Murray mit Ehefrau und Sohn. Im Hintergrund protestieren Unterstützer gegen seine Verurteilung. Quelle: craigmurrayjustice.org.uk

dass die Medien dies mitbekommen. Ich [Murray] bin ehrlich überrascht, dass Baraitser dies zugelassen hat. Es ist absolut unzulässig für einen Anwalt, seine Bemerkungen [...] an die Medien zu richten [...].»

Craig schreibt in diesem Abschnitt weiter von politisch motiviertem Schauprozess, und dass Baraitser daran beteiligt sei. «Was Lewis die Medien wissen lassen wollte, war Folgendes: Es ist nicht wahr, dass Mainstreampressekanaäle [...] ebenfalls von den Anschuldigungen gegen Assange bedroht seien, denn Assange werde nicht der Veröffentlichung der Depeschen beschuldigt, sondern nur der Veröffentlichung der Namen von Informanten [...]. Nur Assange habe diese Dinge getan, nicht die Mainstreammedien. [...] Gleichzeitig hatte die Anklage stapelweise Kopien dieses Teils von Lewis' Ansprache vorbereitet, welche an die Medien ausgehändigt und ihnen in elektronischer Form zugestellt

wurden, so dass sie in der Lage waren, Copy & Paste zu nutzen.»

Es sind diese Randbemerkungen, die den Blog von Murray so wertvoll machen. Beobachtungen während der Verhandlungen, die ihn dazu brachten, von einem unfairen Prozess und der Beeinflussung der Medien durch die Anwälte der Anklage zu sprechen. Beobachtungen, die nicht in eine klassische Berichterstattung einfließen, im Falle von Assange aber von zentraler Bedeutung sind. Es ging Lewis anscheinend darum, die Frage nach der Einschränkung der Pressefreiheit durch eine Verurteilung Assanges voraussetzend gleich selbst zu beantworten. Copy & Paste, mit der Bitte um Veröffentlichung, natürlich ohne eigenem Denken.

## Öffentlichkeit unerwünscht

Sechzehn Plätze standen der Öffentlichkeit im Gerichtssaal zur Verfügung, mit Covid waren es dann noch

## SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach (Teil 3)

## US-Whistleblower verurteilt, SRF schweigt

In den USA werden Whistleblower zu drakonischen Strafen verurteilt, in den Redaktionssitzungen der Schweizer Medien werden sie totgeschwiegen. So geschehen mit Daniel Hale, dem die Öffentlichkeit die Wahrheit über den Drohnenkrieg in Afghanistan verdankt.

Von Alva Noi

Fast vier Jahre hinter Gitter – so das Verdikt der Richter im Bundesstaat Virginia von Ende Juli 2021 im Urteil gegen den Whistleblower Daniel Hale. Sein Vergehen: Er übergab geheime Dokumente der Internetplattform «The Intercept» über den Drohnenkrieg der US-Armee in Afghanistan. Dabei entstand ein Bild, das mit der offiziellen Darstellung des amerikanischen Militärs nichts mehr zu tun hatte. Ein Leck in geheim gehaltenen Dokumenten, an dem sogar die NZZ am 16. Oktober 2015 nicht vorbeischießen konnte und den Inhalt zusammenfassend publizierte. Heute ist grossen Medienhäusern in der Schweiz die Verurteilung des Überbringers der Hiobsbotschaft von anno dazumal keine Zeile mehr wert. Auch SRF reiht sich in die schweigende Mehrheit ein. Eine Schande, sicher! Doch: Wieso eigentlich?

Seit die Internetplattform «The Intercept» die «Drone Papers» veröffentlicht hatte, wissen wir: Bei den Drohnenangriffen in Afghanistan wurden regelmässig wesentlich mehr unschuldige Zivilisten getötet als von den US-Behörden angegeben. Weiter wissen wir, wie der Präsident die angeblich «gezielten Tötungen» bewilligte. Und vor allem wissen wir, dass sowohl der Präsident wie auch das Militär zivile

Opfer als im Krieg gefallene Feinde auflisteten. Und dies im Bewusstsein, dass es unbewaffnete Frauen, Männer und Kinder waren. Brisante Enthüllungen, die Daniel Hale nun vier Jahre hinter Gitter bringen.

## Machtmissbrauch hüben und drüben

Wo Macht in einem Staate missbraucht wird, da braucht es Gegenöffentlichkeit. Das ist in autoritären Regimen so, das ist aber auch in Demokratien so. Nur funktioniert es nicht gleich. Während Autokraten in Diktaturen die Opposition wegsperrten, behindern oder ganz einfach verbieten, ist in Demokratien die Redefreiheit in der Verfassung garantiert. Hier darf man zwar denken und sagen was man will, doch fehlen oft die erhärteten Fakten. Und die fehlen vor allem aus zwei Gründen. Einerseits stellen und stellen Journalisten wiederholt nicht die richtigen Fragen. Andererseits mauern und schweigen die Mächtigen dann, wenn sie selbst Dreck am Stecken haben. Und da werden dann Whistleblower halt eben enorm wichtig. Überlebenswichtig für eine Demokratie.

«Asymmetrische Kriegsführung», «ungesetzlicher Kombattant» oder «gezielte Tötung» – im Zusammenhang mit dem Drohnenkrieg in Afghanistan fanden auch neue Begriffe

Einzug in die Berichterstattung. Die Überlegenheit des US-amerikanischen Militärs und ihrer Verbündeten im Krieg am Hindukusch war so eklatant, dass keine Zweifel an einem militärischen Erfolg aufkommen konnten. Als ein sauberer Krieg, als einer gegen Terroristen und ohne eigene Opfer, so wurde er dargestellt.



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

Und jetzt dies: Kriegsverbrechen und tote Zivilisten. In der Präsidentenloge und der Spitze des Militärs ist und war dies bekannt. Nichts geschah; sie begannen, nicht von Mord und Verbrechen zu sprechen.

Daniel Ellsberg, Chelsea Manning, Edward Snowden – dank ihnen wissen wir, dass die US-Regierung u.U.

das eigene Volk belügt, dass die US-Armee ungeahndet Kriegsverbrechen begeht, und dass der Geheimdienst NSA den globalen Internetverkehr überwacht. Gegen die Verfassung, gegen die Genfer Konvention und gegen das Völkerrecht. Wir haben ein Anrecht darauf, dies zu wissen. Allen drei Whistleblowern gemeinsam ist ihr Mut, der Öffentlichkeit Dokumente zuzuspielen. Allen dreien gemeinsam ist auch ihre Verfolgung durch den Staat. Zu ihnen – und vielen anderen – gesellt sich nun auch Daniel Hale.

## Wiederholung der Geschichte

Zwanzig Jahre Krieg in Afghanistan, zwanzig Jahre Schlachtfeld mit toten Soldaten und toten Zivilisten. Wir erinnern uns an Bilder aus dem Vietnamkrieg, wie Helikopter über den Dächern von Saigon letztes Personal wegfliegen, während der Vietcong in die Vorstädte einmarschierte. Es war Daniel Ellsberg vier Jahre vor dem Ende des letzten Schusses zu verdanken, dass die Öffentlichkeit damals schon wissen konnte: US-Präsident Johnson belog sowohl die Öffentlichkeit wie auch den Kongress über den Vietnamkrieg. Und zwar systematisch. Dieser Krieg war längst entschieden.

Auch der Krieg in Afghanistan war längst entschieden. Ein solcher Krieg ist nicht zu gewinnen. Jetzt sind die Taliban wieder zurück an der Macht. 20 Jahre Krieg mit Hunderttausenden von Toten. Und der US-Präsident wirft der afghanischen Führung und den Si-

cherheitskräften mangelnde Kampfbereitschaft vor. Dank Daniel Hale wissen wir heute zwei Dinge: Einerseits ist das Konzept der «gezielten Tötung» auch in der Militärlogik gescheitert. Und andererseits, noch viel wichtiger: Auch der US-Präsident weiss das.

## SRF steht abseits

Während Luzia Tschirky, Frontfrau von SRF in Sachen Behandlung von Dissidenten in Russland und Belarus, in der Tagesschau von Fernsehen SRF wirksam vor Gefängnissen im Osten über das Schicksal von Kreml-Kritikern schwadroniert, verschweigt die gleiche Redaktion das Schicksal der Westdissidenten. Auch bei uns kommen Menschen an die Kasse, die sich gegen den Missbrauch von Macht einsetzen. Whistleblower, die Kopf und Kragen riskieren, indem sie ihr Wissen preisgeben. Auch hier wehren sich als Folge davon die Mächtigen im Staat gegen den Verlust ihrer Macht. Mit Lügen und Verschweigen. Und der Verfolgung von jenen, die die Beweise aus dem Inneren des «Staates im Staate» überbringen. Daniel Hale ist das jüngste Beispiel.

Es scheint, als sei bei den SRF-Redaktionen das Bedürfnis grösser, einem Narrativ zu folgen, als die eigene Berichterstattung auf Glaubwürdigkeit und Vollständigkeit zu prüfen. Dem Narrativ «Dort die Bösen, hier die Guten». Für wie dumm verkauft uns eigentlich SRF?

Alva Noi ist Journalistin und schreibt regelmässige Beiträge für «Unsere Welt»

neun. Wer nicht dabei sein konnte, der wurde in einen Nebenraum mit Liveübertragung verwiesen. Eine Übertragung, die auf Grund technischer Störungen in Bild und Ton immer wieder unterbrochen worden sei. So sei laut «Reporter ohne Grenzen», die zeitweise als einzige NGO überhaupt zugelassen wurden, eine Verfolgung des Prozesses massiv erschwert bis teilweise verunmöglicht worden.

### Murray selbst in Haft

Nun geht das Berufungsverfahren gegen Julian Assange also im Oktober weiter. Und dies ohne die Beobachtungen und den Blog von Craig Murray. Der Justizkritiker wurde kurzerhand aus dem Verkehr gezogen. Seit dem 1. August 2021 sitzt er selbst für acht Monate im Knast. Grund: Murray soll durch seine Berichterstattung in einem anderen Prozess in Schottland eine «Puzzle-Identifikation» von mutmasslichen Opfern sexueller Straftaten ermöglicht haben. Ein Urteil, das laut Murray-Unterstützern in der Gerichtspraxis in Schottland noch nie angewandt wurde. Murray sei der erste Journalist, der überhaupt wegen dieses Paragraphen eine Strafe absitzen müsse.

Mit der Verurteilung von Craig Murray und seiner unbedingten Haftstrafe in diesen Monaten ist nun auch der Prozess gegen Assange ein Stück weit beeinflusst. Zumindest der Teil der Information der Öffentlichkeit. Als einer von wenigen konnte Murray direkt aus dem Gerichtssaal auf seinem Blog berichten. Als einer von wenigen liess er Beobachtungen jenseits der juristischen Argumentationslinien in seine Berichte einfließen. Und was er beobachtete, hatte mindestens die Sprengkraft der nie belegten Vergewaltigungsvorwürfe der schwedischen Justiz. Wir verdanken Craig Murray viel. Mit seinem Wegsperrern geht das Trauerspiel der englischen Justiz in der Causa Assange und Wikileaks in die nächste Runde.

### Kronzeuge soll gelogen haben

*uw.* Im Verfahren gegen Assange haben die USA seit diesem Sommer ein unerwartetes Problem. Ihr Hauptzeuge erklärte gegenüber der isländischen Zeitung «Stundin», wesentliche Anschuldigungen gegen Assange erfunden zu haben. Dies berichtete «Stundin» am 26. Juni.

Sigurður Ingi Thordarson ist in Island kein unbeschriebenes Blatt. Wegen Betrugs- bis hin zu Sexualdelikten mit Minderjährigen stand er verschiedentlich vor Gericht. Um einer weiteren Verurteilung zu entgehen, entschied er sich für eine Zusammenarbeit mit dem FBI. Im Gegenzug für Immunität lieferte er belastende Informationen über Assange. So sagte er beispielsweise aus, Assange habe ihn instruiert, in Computersysteme einzudringen, um Gesprächsaufzeichnungen von Parlamentariern zu beschaffen.

Diese und andere Vorwürfe widerrief er nun laut «Stundin» in einem mehrstündigen Interview. Viele seiner eigenen Taten soll er dabei durchaus eingestanden haben, nur fehle eben jeder Anknüpfungspunkt zu Assange. Wieso drohte ihm eigentlich nie ein Auslieferungsprozess?



## Andreas Zumach: Reform oder Blockade – Welche Zukunft hat die UNO? Bedrängt und ausgeblutet

Die UNO befindet sich in der schwierigsten Lage seit der Gründung vor 75 Jahren. In seinem neuen Buch analysiert Andreas Zumach die Probleme der UNO, zeigt aber auch Lösungsansätze auf.

### Von Antoinette Mächtlinger

Seit Jahren kennen wir Andreas Zumach und seinen unermüdlichen Einsatz für die Erhaltung der UNO. 2015 haben wir in dieser Zeitung sein Buch «Globales Chaos – machtlose UNO» besprochen, worin die Frage gestellt wird: «Ist die Weltorganisation noch zu retten?» Nein, die Weltorganisation ist bisher nicht gerettet worden. Im Gegenteil: Sie wird bedrängt, sie wird ausgeblutet. Andreas Zumach analysiert alle Konflikte, mit denen sie sich herumzuschlagen hat. Da gibt es manches Déjà-vu, aber – wie immer bei Zumach – auch manche Gedanken über Lösungsansätze.

Wer wissen will, was ganz oben an den Schaltstellen der Weltpolitik gehebelt wird, sollte dieses Buch unbedingt lesen. Zum Beispiel das Kapitel über das geheime Koordinationsabkommen zwischen UNO und NATO vom September 2008. Oder jenes über das aktuelle bedrohliche Kräftemessen zwischen China und den USA. Oder jenes über die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das wir wegen seiner Aktualität kurz vorstellen.

### Die schleichende Privatisierung der UNO

Die WHO, die grösste der 18 Sonderorganisationen, hat weltweit 7000 Beschäftigte und das höchste Budget. Unter dem Titel «Gesundheit als Ware» lesen wir: «Seit Ende des Kalten Krieges ist die WHO in immer stärkere Abhängigkeit von Phar-

makonzernen, Stiftungen und anderen privaten Geldgebern geraten. Die Interessen dieser privaten Geldgeber bestimmen heute in erheblichem Ausmass die Politik der WHO.» Grund für diese Entwicklung ist die Zahlungsunwilligkeit wichtiger Mitgliedstaaten wie der USA. Ursprünglich, bis Ende der neunziger Jahre, kommen rund 80 Prozent der Haushaltsmittel aus den Pflichtbeiträgen der 194 Mitgliedstaaten. Inzwischen stammen über 80 Prozent aus freiwilligen Beiträgen von Regierungen und von privaten Akteuren wie der Gates-Stiftung. Diese Gelder werden fast immer nur zweckgebunden vergeben, was



Andreas Zumach, *Reform oder Blockade. Welche Zukunft hat die UNO?*, Rotpunktverlag, Zürich 2021

### Nils Melzer: Der Fall Julian Assange

## Folter durch Zermürbung

Schon mehrfach haben wir in der UW über die Verfolgung des Enthüllungsjournalisten Julian Assange und die feige Abstinenz der Medien berichtet. Jetzt ist das Buch von Nils Melzer da!

### Von Antoinette Mächtlinger

Einen Bestseller besprechen? Das ist mir noch nie passiert. Ich muss sagen: Diese unglaubliche Geschichte liest sich streckenweise wie ein Thriller. Dabei handelt es sich um den Rapport des UNO-Sonderberichterstatters für Folter, belegt durch zahlreiche Dokumente. Und der Inhalt ist erschütternd. Der Autor ist Nils Melzer, mittlerweile von verschiedenen Medienauftritten her bekannt. Er betont, dass er nicht Assanges Anwalt ist, sondern der beauftragte UNO-Ermittler. Für die Veröffentlichung seiner Untersuchungen in einem Buch hat er sich erst entschieden, nachdem die verantwortlichen Staaten ihm zwei Jahre lang ihre Zusammenarbeit verweigert hatten.

### Das WikiLeaks-Video

Auf der Enthüllungsplattform WikiLeaks präsentiert Assange am 5. April 2010 im 18-minütigen Video «Collateral Murder» der Weltöffentlichkeit die erschreckende Szene eines US-Kampfhubschraubers über Bagdad, aus dem zehn Zivilisten erschossen

werden. Die Kommentare: «Schau dir die toten Bastarde an.» – «Hübsch.» – «Gut geschossen.» Danach wird ein Minibus, der einen Verwundeten aufnimmt, samt Insassen in Stücke geschossen. Die US-Armeeführung



Nils Melzer in seiner Rolle als UNO-Sonderberichterstatter für Folter. Quelle: UN

kommt in der internen Untersuchung zum Schluss, die verantwortlichen Soldaten hätten das Kriegsvölkerrecht respektiert.

Assange wird damit für kurze Zeit zum Medienstar, wird zu Konferenzen eingeladen, auch nach Schweden. Dort wendet sich das Blatt.

### Vergewaltigungsvorwurf ohne Anklage

Zwei Frauen soll er vergewaltigt oder zumindest sexuell genötigt haben. Assange, dem ein Auslieferungsverfahren an die USA droht, sucht 2012 in der Londoner Botschaft Ecuadors Zuflucht. Melzer verfolgt minutiös die ganzen Prozesse, studiert rund 10 000 Seiten Gerichtsakten. Er kommt zum Schluss, dass die Widersprüche nicht zwischen Assange und den beiden Frauen liegen, sondern im ganzen rechtlichen Verfahren, das durch «Drittinteressen» beeinflusst ist.

Das Verfahren wird eingestellt und wieder aufgenommen, dann neun Jahre lang verschleppt, ohne dass es zu einer Anklage kommt oder der Beschuldigte angehört wird. Schliesslich wird es aus Mangel an Beweisen definitiv eingestellt. Die Medien verbreiten gezielt das Bild eines Vergewaltigers und Psychopathen. Melzer versucht mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, Regierungen und internationale Organisationen einzuschalten. Manche Antwortschreiben, die er zitiert, sind von einem unglaublichen Zynismus. Jetzt wird auch die Frauenbewegung gegen Melzer aktiv, er erhält Hunderte von Protestbriefen. Dazu sagt er: «Dass ich mich als 50-jähriger, weisser Mann für einen etwa gleichaltrigen weissen Mann einsetze und behauptete, die vom Gender-Modellstaat Schweden gegen ihn verbreiteten Vergewaltigungsvorwürfe seien missbräuchlich, war im Zeitalter von #MeToo eine denkbar schlechte Ausgangslage.[...] Ich wurde von vielen missverstanden, die aufrichtig um die Errungenschaften der Frauenbewegung bangten.» Und er betont, dass er die beiden Frauen genauso als Opfer staatlicher Instrumentalisierung betrachtet wie Assange selbst.

### Ecuador, USA, Grossbritannien

Nach dem Regierungswechsel im Mai 2017 hat der neue ecuadorianische Präsident Moreno die Absicht, Assange loszuwerden. Am 16. Oktober 2018 erhält Moreno ein Schreiben vom US House Committee of Foreign Affairs: «Wir hoffen, engere Beziehungen zu Ihrer Regierung aufbauen zu können, sind jedoch gleichzeitig

auch der Ansicht, dass es für die Vereinigten Staaten sehr schwierig ist, die bilateralen Beziehungen voranzutreiben, solange Herr Assange nicht den zuständigen Behörden übergeben wird.» Das Botschaftspersonal in London wird ausgewechselt, Assanges Internet- und Telefonzugang wird gesperrt, die Überwachung ist lückenlos, die Medien überbieten sich

in Horrormeldungen über Assanges psychotisches Verhalten.

### 11. April 2019, die Verhaftung

Nach über sechs Jahren in der Botschaft – wo er mit seiner Anwältin zwei Kinder gezeugt hat – wird Assanges ecuadorianische Staatsbürgerschaft «suspendiert» und er soll von einem Tag auf den andern die Botschaft verlassen. Er weigert sich, worauf die britische Polizei eingeladen wird, ihn zu verhaften. Erst jetzt stellen die USA offiziell das Auslieferungsverfahren. Computer und Dokumente werden auf Bitte des US-Justizministeriums den US-Behörden übergeben. Melzer untersucht anhand bekannter Fälle (z.B. Chelsea Manning) die Aussichten für Assange bei einer Auslieferung. In US-Spionageprozessen sind die Verhandlungen geheim, und Assange droht lebenslange Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis.

### Medien gefragt

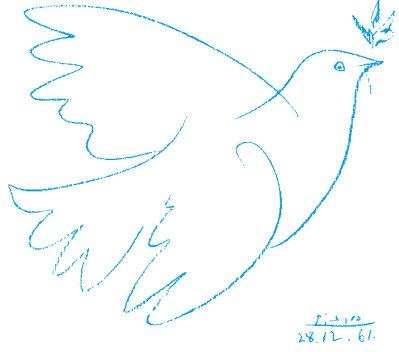
«Britische Folter durch Zermürbung.» So lautet die Definition des UNO-Sonderberichterstatters für Folter. Und Melzer belegt sie durch seine Schilderung der unvorstellbaren Vorgänge in einem Rechtsstaat. Es geht um Isolationshaft und Aushöhlung der Verteidigungsrechte. Assange ist krank und suizidgefährdet.

Nur massiv verstärkter Druck von Staaten, Organisationen und Medien kann die UK und USA zur Rückkehr zu internationalen Rechtsnormen zwingen, «denn wenn Regierungen eines fürchten, dann sind es das gebündelte Scheinwerferlicht und die kritischen Fragen der Massenmedien.»



Nils Melzer, *Der Fall Julian Assange. Geschichte einer Verfolgung. Der spektakuläre Report des UNO-Sonderberichterstatters für Folter*, Piper, München 2021

ISSN 1423-6826  
 unsererwelt@friedensbewegung.ch  
 www.friedensbewegung.ch



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel,  
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63  
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi  
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu,  
 Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser  
 E-Mail der Redaktion: unsererwelt@friedensbewegung.ch  
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.  
 Auflage: 3000  
 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7  
 Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

### Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

## Nachruf auf Esther Bejarano

# «Nie wieder Faschismus!»

Die Holocaust-Überlebende, Antifaschistin und Kommunistin Esther Bejarano wurde 96 Jahre alt. Bis kurz vor ihrem Tod erzählte sie jungen Menschen von den Nazi-Verbrechen – und mahnte vor der Wiederkehr des Schreckens.

Von Sebastian Stoll und Franziska Hein

«Ich will die Menschen aufklären, was damals geschah. Man darf nicht schweigen und nicht vergessen», sagte die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano einmal. Mit «Damals» meinte sie die Nazidiktatur. Esther Bejarano hat Auschwitz überlebt, verlor im Holocaust ihre Eltern und ihre Schwester. Am 10. Juli ist sie im Alter von 96 Jahren gestorben.



Esther Béjarano bei einer Kundgebung gegen die rechtsextreme NPD 2009. Quelle: Wikimedia

Die geborene Esther Loewy aus Saarlouis, Tochter eines jüdischen Kantors, war 16 Jahre alt, als ihre geplante

Ausreise nach Palästina scheiterte, und sie Zwangsarbeiterin in Brandenburg wurde. Zwei Jahre später, 1943, deportierten die Nazis sie nach Auschwitz. Sie überlebte als Akkordeonspielerin im «Mädchenorchester», kam dann ins KZ Ravensbrück, konnte schliesslich von einem «Todesmarsch» fliehen.

«Es ist für uns unerträglich» Nach Ende des Zweiten Weltkriegs lebte sie einige Jahre in Israel, heiratete, bekam zwei Kinder – bis es die Familie 1960 nach Deutschland zurückzog. Von Hamburg aus mischte sie sich bis kurz vor ihrem Tod immer wieder ein in Debatten. Sie ging in Schulen, trat mit der Band Microphone Mafia auf, die auf verschiedenen Sprachen rappt. Damit das, was sie erleben musste, nie wieder passiert.

2020 startete sie eine Petition, in der sie forderte, den 8. Mai als Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa zum bundesweiten Feiertag zu machen – um ein Zeichen zu setzen. «Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt werden, wenn Menschen durch die Strassen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren», schrieb Bejarano als Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland.

Esther Bejarano war schon lange ein politisch aktiver Mensch. In Israel sang sie in einem kommunistischen

Arbeiterchor. Sie verliess das Land 1960 auch deswegen, weil sie und ihr Mann mit dessen Politik nicht mehr einverstanden waren: «Ich wollte nicht in den Krieg ziehen.»

### Die Angst blieb

Wenn sie über die letzten Kriegstage sprach, erzählte sie von ihrer panischen Angst vor der Ostsee. Als die Alliierten immer näher rückten und die Befreiung schon in greifbarer Nähe war, zwangen die Nazis sie und weitere Häftlinge aus Ravensbrück in einen ihrer berühmten Todesmärsche. Wer nicht mehr gehen konnte und auf den Boden sackte, wurde erschossen. Es ging nach Norden, geradewegs auf die Ostsee zu. «Ich dachte, sie werden uns dort rein treiben und sterben lassen», erinnerte sich Bejarano. Mit einigen Freundinnen gelang ihr in einem Waldstück die Flucht. Die Erinnerung an die Angst blieb. Und die kam zuletzt wieder hoch, wenn sie die Situation der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer sah: «Das ist das erste, was ich denke, wenn ich in den Nachrichten ein Flüchtlingsboot sehe: Die wollen uns ertränken.», sagte sie vergangenes Jahr.

Bejaranos Familie und das Auschwitz-Komitee schrieben, sie wollten Bejaranos Auftrag erfüllen: «Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig! Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!»

Quelle: Neues Deutschland, Kürzung: UW

## Nachruf auf Walter Suter

# Beseelt vom Heiligen Zorn

Am 7. Juni hat uns unser Mitstreiter für Frieden und Solidarität Walter Suter nach langer Krankheit im Alter von 78 Jahren verlassen.

Von Martin Schwander

Walter Suter stand jahrzehntlang im Dienst der Schweiz. Als Sozialist eher ein Exot im diplomatischen Corps unseres Landes, vertrat er die Eidgenossenschaft in so unterschiedlichen Staaten wie dem Libanon, Spanien, China, Indien, Chile, Argentinien und Paraguay. Im Februar 2003 schickte ihn der Bundesrat als Botschafter nach Caracas, wo das Volk kurz vor einen Putsch gegen die Regierung von Hugo Chávez zerschlagen hatte.

Walter Suter war tief beeindruckt vom Emanzipationsprozess, der unter Chávez immer stärker an Fahrt aufnahm: «Aus den Objekten wurden plötzlich Subjekte des Staates», meinte er vor vier Jahren gegenüber «Unsere Welt». Besonders gefallen habe ihm, dass «mit der Vertiefung der Demokratie auch die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit einherging, der Abbau einer seit Jahrhunderten angehäufteten sozialen Schuld». Der linke Diplomat blieb Venezuela auch nach seiner Pensionierung eng verbunden.

Er war Mitbegründer der Solidaritätsorganisation «Alba Suiza», und im Vorstand der SP Europa wie als Präsident der Internationalen Sektion der SPS warb er mit Verve für mehr Verständnis und Respekt gegenüber den Freiheitsbestrebungen der lateinamerikanischen Völker.

### Medialen Terror brechen

Walter Suter hat sich mit aller Kraft gegen die Desinformation gewehrt, die immer dann in Gang gesetzt wird, wenn sich irgendwo in Lateinamerika Freiheitsbestrebungen regen. «Die Unehrlichkeit, die intellektuelle Unredlichkeit der Medien gegenüber den Vorgängen in Venezuela ist unglaublich», sagte er in seinem Interview mit dieser Zeitung. «Es gibt eine weltweite Kampagne der Diffamierung, der Destabilisierung und Destruktion.» Mit seinen oft täglichen Hinweisen auf alternative Informationsquellen versuchte er in seinen letzten Lebensjahren, den medialen Terror zu brechen, mit dem nicht nur Venezuela überzogen wird, sondern auch die

Prozesse in Kuba und anderswo.

Im Oktober 2018 wurde der so vitale und kräftige Walter Suter von einem Schlaganfall überrascht. Ein chirurgischer Eingriff zwei Jahre später raubte ihm weitere Kräfte. «Nicht weise werden. Zornig bleiben», schrieb einst Max Frisch. Walter Suter war beseelt von diesem heiligen Zorn für eine bessere Welt. Der Solidarität mit Lateinamerika, der internationalistischen Solidarität ganz allgemein, blieb er bis zuletzt verbunden.



Walter Suter mit einem Bild von Hugo Chávez. Foto: Tom Brenner



Ramsey Clark (Mitte), mit drei Müttern der in den USA inhaftierten Cuban Five, bei der Verleihung der Medaille der Solidarität von Kuba. Quelle: LiberationNews

## Nachruf auf Ramsey Clark

# Der Verteidiger

Ramsey Clark war ein Kämpfer gegen US-Imperialismus und Unterstützer von Befreiungskämpfen. Er setzte sich für die Rechte der Schwarzen ein, machte auf die US-Verbrechen im Irak aufmerksam und widersetzte sich dem NATO-Krieg in Jugoslawien.

Von Jürgen Heiser

Der frühere US-Justizminister Ramsey Clark ist am 9. April im Alter von 93 Jahren in New York gestorben. Das von ihm 1992 gegründete International Action Center (IAC) hob die Verdienste des weltweit respektierten Menschenrechtsanwalts und Kriegsgegners um den Aufbau dieses Aktionszentrums antiimperialistischer und antirassistischer Politik hervor. Der Todesstrafengegner habe unzählige Menschen angespornt, das IAC zu nutzen, «um Befreiungskämpfe zu unterstützen, sich Angriffskriegen der USA zu widersetzen und politische Gefangene im gefängnisindustriellen Komplex der USA und in den US-gestützten Diktaturen weltweit zu verteidigen».

Die mit dem US-Imperialismus um ihre Souveränität ringenden Völker konnten sich der Solidarität Clarks gewiss sein. Er forderte die Unabhängigkeit der US-Kolonie Puerto Rico. Als «überzeugter Verteidiger jedwedem Volkswiderstands gegen Unterdrückung» habe er internationale Delegationen gebildet, um «die Verbrechen des US-Militarismus» und «die Blockade Kubas sowie die Sanktionen gegen den Irak zu bekämpfen». Ihn habe der Optimismus geprägt, «dass Menschen die Macht haben, ihre Geschichte zu bestimmen».

### Vom Justizminister...

Clarks Weg in die ausserparlamentarische Opposition war ihm nicht vorgezeichnet. In eine prominente texanische Familie hineingeboren, der Vater im US-Justizministerium und am Obersten Gerichtshof der USA tätig, wuchs Ramsey im Glauben an die Macht des Gesetzes auf. Als Jurastudent und Rechtsanwalt erlebte er jedoch das Gesetz als rassistisches Instrument der herrschenden Eliten und beschloss, diese Realität politisch zu verändern. 1961 von der Regierung John F. Kennedys zum stellvertretenden Justizminister und 1967 von

der Nachfolgeregierung Lyndon B. Johnsons zum Justizminister ernannt, arbeitete er 1965 und 1968 die Bürgerrechtsgesetze für die schwarze Bevölkerung mit aus und trat für die Umsetzung der Vertragsrechte der Indigenen ein.

### ...zum Antiimperialisten

In den Jahren 1991 und 2003 setzte sich Clark im Irak den Bombenangriffen des «freien Westens» aus und ging mit internationalen Delegationen gegen die über das Land verhängten tödlichen Sanktionen vor. So erfuhr die Welt vom Tod einer halben Million irakischer Kinder als Folge der Sanktionen, die für US-Aussenministerin Madeleine Albright «den Preis wert» waren.

Unschätzbar war Clarks mutiges Auftreten gegen den Krieg des NATO-Kriegsbündnisses 1999 zur Zerstörung Jugoslawiens. Während der 78 Tage des unerbittlichen US-Bombardements weilte Clark zweimal in Jugoslawien. Er besuchte bombardierte Schulen, Krankenhäuser und traf den gewählten Präsidenten Slobodan Milošević. Später besuchte er den nach Den Haag entführten Präsidenten, dem vor dem sogenannten Internationalen Strafgerichtshof der Schaubprozess gemacht wurde. Für Clark waren dort die Falschen angeklagt. Laut seiner Anklageschrift für das von ihm vorgeschlagene «Volkstribunal über US-Kriegsverbrechen in Jugoslawien» hätte US-Präsident Clinton auf die Anklagebank gehört, zusammen mit Aussenministerin Albright und den entsprechenden Regierungspolitikern Deutschlands, Grossbritanniens, Frankreichs und anderer NATO-Mächte.

Jürgen Heiser ist freier Mitarbeiter der Tageszeitung «junge Welt». Quelle: junge Welt, Kürzung: UW

Redaktionsschluss  
 dieser Nummer:  
 19. August 2021